

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Uebersetzer entgegengenommen,
und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreise von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt
per Brief-Gouvern.)
Mk. 2,75 für Oesterreich (direkt
per Brief-Gouvern.)
Mk. 2,- für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kontingent).

Inserate
bis dreizehnpennige Zeilen
à la ligne — 25 Pfg. — 30 Mk.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.,
E. Bernstein & Co., London N. W.,
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelpost.

N. 3.

Bitte an die Redaktionen und Verleger des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In gewissen Fällen eingeschrieben.

19. Januar 1889.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur allseitigen Beachtung.

Als Geschäftsadresse für Posteingahlungen
schreibe man stets einfach:

E. Bernstein & Co.,

114 Kentish Town Road, London N.W. (England).

Bei Abendung von Posteingahlungen an unsere Geschäfts-
Firma x. ist uns der Absendername und Ort
sofort direkt brieflich

anzumelden und Alles direkt zahlbar zu machen bei der
Kentish Town Road Post-Office.

Geführt dies nicht, so verursacht uns das Eintreffen Extrakosten
und große Zeitverluste, da die englische Post eingezahlte
Gelder weder ins Haus liefert, noch Gelder anspricht, wenn man
den Absender x. nicht namhaft machen kann.

Läßt der Absender nicht ausdrücklich **direkte Aus-**
zahlung bei der

Kentish Town Road Post-Office

durch die Aufgabestelle vordrücken, so verweist uns die Londoner
Post zum Erheben des Geldes bald an diese und jene Poststelle, bald
ans Hauptpostamt der City, Alles meilenweit von uns
entfernt.

Wird vom Einzahler nicht obige Personal-Adresse (E. B. & Co.)
allein verwendet und nicht ausdrücklich direkte Auszah-
lung bei der Kentish Town Road Post-Office vorgeschrieben, so wer-
den durch diese Posten die Scheine zum Zutaffe durch hiesige
Banken vorgeschrieben.

Alles Verluste an Zeit und Geld, die vermieden werden,
sobald man **genauere** nach unserer Vorschrift einzahlte und uns
sofort briefliches Aviso einreicht.

Bei Posteingahlungen an Deckadressaten sind
uns deren Namen sofort mitzutheilen. —
Größere Orte senden dahin am besten Bank-
anweisungen auf London, Ordre E. Bernstein & Co.

Alle außerdeutschen Abonnenten x.

Sind nebstdem dringend gebeten, überhaupt Alles direkt an
unsere Geschäftsadresse zahlbar zu machen, soweit wir nicht aus-
drücklich Anderes bestimmen.

Zu ca. Mk. 10. — vom 14/11., Mk. 18. — vom 21/11.,
ca. Mk. 20. — vom 27/12. 88 und Mk. 18. — vom 9/1. 89

fehlen uns noch immer die Absendernamen x.
Wir lehnen jede weitere Verantwortung für alle
Folgen ab, welche die Nichtbeachtung dieser Vorschriften nach
sich ziehen mag.

German Cooperative Publishing Co.

E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England).

Zur Posteingahlungen ist nur zu adressieren:

E. Bernstein & Co., 114 Kentish Town Road,

direkt zahlbar bei der

Kentish Town Road Post-Office, London N.W.

Bismarck und die Bourgeoisie.

Im Leitartikel der Berliner „Volktribüne“ vom 12. Januar
erfährt der jüngste Reichsrichtungsbericht der preussischen Re-
gierung über die Handhabung des kleinen Belagerungs-
standes in Berlin und die versuchte Begründung der Ver-
längerung desselben eine scharfe Zurückweisung, die wir in
ihren wesentlichen Theilen nur unterschreiben können. Ein
Satz jedoch, auf den wir da stoßen, scheint uns der Kritik
zu bedürfen, und da das Thema uns auch sonst der Be-
spruchung werth erscheint, so wollen wir an dieser Stelle
darauf eingehen.

Indem sie mit großem Recht den Behauptungen des Rechen-
schaftsberichts gegenüber bestreitet, daß die Entscheidung über
die im vorigen Jahre behandelte Streitfrage, ob Vertheilung
an den Berliner Stadtverordnetenwahlen oder nicht, irgend
etwas mit einer „radikal“ oder „gemäßigt“ Haltung zu thun
habe, schreibt die „Volktribüne“:

„Wir möchten nur in aller Bescheidenheit fragen, was das mit
dem Belagerungsstand zu thun hat. Der Belagerungs-
stand soll nach § 29 des Sozialistengesetzes verhängt werden, wo
„Gefahr für die öffentliche Sicherheit droht“. Damit
hat aber der Radikalismus der Bestimmung und damit haben am aller-

wenigsten die Stadtverordnetenwahlen etwas zu thun. Der Radikalis-
mus der politischen Bestimmung kann doch nur darin bestehen, daß man
keinen „Erzengel“ sehr wenig Werth beilegt, weil man alle
sozialen Einzelerscheinungen und Einzelumstände als Ausfluß eines
Systems betrachtet, mit dessen Aenderung allein etwas zu er-
reichen ist. Wer dieser Anschauung halbigt, wird keinen Gewalt-
mitteln viel geringere Bedeutung beilegen als sein Gegner, der
an Einzelheiten haftet, die in der That öfter durch irgend einen
zufälligen Druck verhindert oder befördert werden können. Wer die
Person Bismarcks für die Ursache der Reaktion in Deutschland
hält, wird sich leicht zu Bismarckbeleidigungen und ähnlichem hinreißen
lassen. Wer die Thätigkeit Bismarcks jedoch nur als den Ausfluß eines
bestimmten wirtschaftlichen Systems betrachtet, das nur mit der
stark mit feudalen Elementen durchsetzten deutschen Bourgeoisie
verschwinden wird — der „Radikale“ also — hat gar keinen Grund,
die „Sicherheit“ des Friedrücks zu gefährden oder in ordinäres
demokratisches Geschwätz gegen den Mann auszubrechen,
der rascher, als es heute irgend ein Anderer könnte, die deutsche Bour-
geoisie ihrer Höhe und ihrem Niedergang entgegenführt. Wir sprechen
uns darüber mit Rücksicht so offen aus, weil selbst in Parteikreisen manch-
mal über den „Radikalismus“ merkwürdig gestanert wird.“

Woran wir uns in diesem Satze stoßen, sagt die Ueber-
schrift. Wir halten die Darstellung des Verhältnisses von
Bismarck zur Bourgeoisie und der herrschenden Reaktion in
Deutschland für falsch und in ihren Konsequenzen sehr irre-
leitend.

Der Grundgedanke des Artikels ist der: Nicht Bismarck
ist die Ursache der Reaktion in Deutschland, sondern das
herrschende wirtschaftliche System, und Bismarck ist eigent-
lich nur dessen Werkzeug. Nimmern wir uns daher nicht
an Bismarck und bekämpfen wir nur das System. Halten
wir uns an die wirkliche und nicht an die scheinbare Ursache.

Das Klingt sehr einleuchtend und gar mancher möchte meinen,
grade ein Sozialist der Marx'schen Schule könne dem nur
zustimmen. Ist es nicht Marx, der gesagt hat, daß die öko-
nomische Struktur der Gesellschaft ihr politisches Leben be-
dingt und nicht umgekehrt?

Gewiß hat Marx das gesagt, aber das hat ihn durchaus
nicht gehindert, einen Bonaparte, einen Thiers, einen Bismarck
gelegentlich ganz gehörig persönlich, d. h. als Per-
sonen anzugreifen und die Bekämpfung dieser Personen nach-
drücklich zu fordern, ohne daß er sich auch nur einen Augen-
blick dem Wahn hingeeben hätte, mit diesen Personen die
kapitalistische Produktionsweise zugleich verschwinden zu sehen.

Indem die „Volktribüne“ Bismarck und die kapitalistische
Produktionsweise gegenüberstellt, begeht sie einen logischen
und historischen Scherz, wie nur je einer gemacht worden
ist. Bismarck ist mit seiner Thätigkeit weder das Produkt
der kapitalistischen Produktionsweise, noch ist diese sein Pro-
dukt, er hat mit ihr nicht mehr zu schaffen als mit dem
Schießpulver und den Edison'schen Glühlampen. Er ist un-
zweifelhaft ein großer Freund des Schießpulvers, wenn er es
auch nicht grade gern riecht; aber erfunden hat es nicht,
sondern nur vorgefunden, seine Eigenschaften bei seinen politischen
Berechnungen in Betracht gezogen. Und wenn Bismarck heute
abtritt, so wird darum der Gebrauch des Schießpulvers nicht
aufhören.

Das kapitalistische Produktionssystem bestand längst, ehe
von einem Bismarck noch die Rede war. Es besteht in Frank-
reich, der bürgerlichen Republik, es besteht in der Schweiz,
der demokratischen Republik, es besteht in England, der par-
lamentarisch-konstitutionellen Monarchie, es besteht in Preußen,
dem monarchisch-konstitutionellen Polizeistaat. Es ist mit allen
diesen Staatsformen, wenigstens zeitweise, verträglich. Es
besteht in England mit dessen fast absoluter Press- und Ver-
sammlungsfreiheit, es besteht in der Schweiz mit ihrem demo-
kratischen Wahlrecht, der direkten Volksabstimmung und
ebenfalls ausgebreiteter Press- und Versammlungsfreiheit, es
besteht in Frankreich, wo nach der Ansicht gewisser Leute die
„Anarchie“, und es besteht in Deutschland, wo die Ord-
nung, d. h. der Polizeinebel, herrscht. Es besteht in Eng-
land, wo strenge Sonntagsruhe herrscht und es besteht in
Deutschland, wo hunderttausende von Arbeitern am Sonntag
schaffen müssen. Es besteht in Belgien, das so gut wie keine
Fabrikgesetzgebung kennt, und es besteht in England, das die
Frauen und Kinder schützt, den erwachsenen Arbeiter aber
dem eigenen Schutze überläßt, es besteht in der Schweiz mit
ihrem 11stündigen Normalarbeitstag, und es besteht in Deutsch-
land, wo der Ausbeutung keinerlei Schranken gezogen sind.
Es besteht in England mit seinem Werbesystem, in Belgien
mit seinem Loskaufsystem und es besteht in den Staaten der
allgemeinen Dienstpflicht, in dem Lande der Volkswehr und
im Militärstaat.

Was geht aus alledem hervor? Daß das kapitalistische
Produktions- und Ausbeutungssystem innerhalb bestimmter
Schranken dem politischen und sozialen Leben der Nationen,
ihrer Gesetzgebung und Verfassung einen ziemlich weiten Spiel-
raum läßt, innerhalb dessen sich auf diesen Gebieten Unter-
schiede herausentwickeln können, die für das Proletariat durch-
aus nicht gleichgültig sind. Wenn die Frage immer und zu
allen Zeiten nur so stünde: hier Kapitalismus, da Sozialis-
mus, so wäre es gewiß thöricht, wollten wir Sozialisten uns
um einzelne Personen oder Gesetze in der kapitalistischen Ge-
sellschaft scheren. Aber so stehen die Dinge einstweilen noch
nicht, und bis sie so stehen, haben die Arbeiter den ihnen

gebotenen Spielraum nach Kräften in ihrem Sinne auszu-
nutzen, so günstige Bedingungen wie nur irgend möglich zu
erstreben. Ist das der Fall, und wir zweifeln keinen Augen-
blick, daß die „Volktribüne“ hierin ganz mit uns überein-
stimmt, so ist das bereits ein Grund, warum die jeweiligen
Nachhaber den Arbeitern keine gleichgültigen Personen sein
können. Stellt sich eine Person den Emanzipationsbestrebungen
der Arbeiter feindselig in den Weg, sucht sie die Arbeiter in
ihren politischen Rechten zu kürzen, ihre Bewegungsfreiheit zu
beeinträchtigen, widersteht sie sich selbst den elementarsten For-
derungen des Arbeiterschutzes, so ist sie von den Arbeitern
als ihr Feind zu betrachten und dementsprechend zu behandeln.

Bismarck ist an der kapitalistischen Produktionsweise so un-
schuldig wie an der Entdeckung America's, das ist richtig.
Und ebenso richtig ist, daß mit der Beseitigung der kapita-
listischen Produktionsweise Politiker vom Schlage und dem
Einfluß eines Bismarck ein Ding der Unmöglichkeit sind. Aber
dasselbe kann von jedem beliebigen Unternehmer gesagt wer-
den, und doch stellen sich die Arbeiter zu dem Fabrikanten A.
anders als zu dem Fabrikanten B., je nachdem der Eine oder
der Andre sie mehr schändet und chikanirt. Und wenn ihnen
jemand in Bezug auf so einen Erzschänder sagt; ach laßt den
Kerl ungeschoren, was er thut, ist ja nur der Ausfluß des
heutigen wirtschaftlichen Systems x., so werden sie ant-
worten: „Lieber Freund, das wissen wir, und wir würden
das ganze nichtswürdige System lieber heute als morgen
stürzen, aber da wir das noch nicht können, so wehren wir
uns vorläufig nach Kräften unserer Haut. Die Person des
Burschen ist nicht die Ursache, daß wir Proletarier sind, wohl
aber, daß uns an unserm Lohn so und so viel abgezwaht
wird, daß wir wie Sklaven behandelt werden. Und das lassen
wir uns nicht gefallen.“

Sicherlich ist Bismarck nicht die alleinige Ursache der
Reaktion in Deutschland, es hiesse die Bourgeoisie und das
Junkerthum freisprechen, wollte jemand das behaupten. Aber
er ist unbefreitbar der bewusste Träger derselben. Aus
dem Junkerthum hervorgegangen, hat er zwar dessen roman-
tisch-reaktionäre Schranken abgestreift, aber alle dessen brutale
Tendenzen getreulich beibehalten und von den bürgerlichen
Ideen des Jahrhunderts freiwillig nur die auf das nackte
Erwerbsleben begünstigenden akzeptirt. Was an der Ge-
setzgebung in Preußen Deutschland bürgerlich-liberal ist, mußte
ihm entweder mit Gewalt abgerungen werden oder wurde
von ihm als Köder ausgeworfen, in der Absicht, es bei erster
Gelegenheit zurückzustampfen. Wir erinnern hier nur an
die systematischen Durchführungen der Gewerbeordnung und
des Reichspressgesetzes, und die Versuche, das allgemeine Wahl-
recht zu beseitigen. In einer Zeit, da das deutsche Bürger-
thum in seiner Masse noch liberal war, oder sich für liberal
hielt, was im Effekt auf das Gleiche hinausläuft, arbeitete
Bismarck schon systematisch darauf hin, den alten Polizeistaat
wieder herzustellen. Man erinnere sich nur seiner seit 1872
wiederholt angestellten Versuche, die Arbeiterbewegung durch
Polizeiverfolgungen niederzubalzen, bis ihm 1878
die Schüsse Hödel's und Nobilings die erwünschte Handhabe
boten, das schmachtvolle Ausnahmegesetz durchzubrühen. Wir
sind weit entfernt, das deutsche Bürgerthum von der Mit-
schuld für daselbe freizusprechen, aber das Schicksal des Hödel-
gesetzes — das sich gegen das Ausnahmegesetz in seiner jetzi-
gen Gestalt beinahe noch paradiesisch ausnimmt — zeigt, wer
dankens der Schiebende und wer die Geschobenen waren. Das
Telegramm von Friedrichsruhe am Tag nach dem Hödel'schuß:
„Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie“,
und die als Fälschung erwiesene Depesche des offiziellen
Wolff'schen Telegraphenbureau's am Abend nach
dem Nobiling-Attentat: Nobiling hat bekannt, An-
hänger der Sozialdemokratie zu sein und Mit-
schuldige zu haben“, sollen und werden nie vergessen
bleiben.

Dank der Pädagogik des Reptilienfonds und der bekann-
ten übrigen Mittel der zärsistischen Demagogie und unterstützt
durch den rapiden Gang der ökonomischen Entwicklung ist
Bismarck heute nicht nur der tatsächliche, sondern auch der
anerkannte Geschäftsträger der Bourgeoisie und der
mit dieser verbündeten Reste des Feudalismus in Deutschland.
Aber er ist nicht ein Geschäftsträger, der nur thut, was man
ihm aufträgt, sondern einer, der seine Klienten führt und
ihnen, wo es ihm paßt, seinen Willen aufzotroyirt. So
ist er auch der verantwortliche Vertreter des herr-
schenden Systems, womit natürlich nicht die kapitalistische Pro-
duktionsweise überhaupt gemeint ist, sondern das augenblick-
lich in Deutschland herrschende Polizeiregiment. Wer
dieses bekämpfen will, darf Bismarck nicht außer Angriffs-
linie stellen, und um Bismarck zu bekämpfen, ist es not-
wendig, den Mann immer und immer wieder vor dem Volke
zu kennzeichnen, sein ganzes Thun und Treiben bloßzulegen,
ihm den Nimbus vom Kopf zu reißen, mit dem eine wohl-
organisirte Heilung ihn umgibt.

Daran darf auch der Umstand nicht hindern, daß Bismarck
wider Willen der Sozialdemokratie viele unschätzbare Dienste
geleistet. Das werden andere bürgerliche Staatsmänner auch

thun müssen, gegen eine so tief in den Verhältnissen begründete Bewegung, wie die Sozialdemokratie, ist kein Kraut gewachsen.

Es ist nach all den Unbilden, die Bismarck den deutschen Arbeitern zugefügt, nach all den schmerzlichen Opfern, die seine brutale Gewaltpolitik ihnen auferlegt, ja nur eine sehr schwache Vergeltung, ihn in der Presse zu brandmarken. Daß er selbst eine ganz andre fürchtet, zeigen seine wahrhaft grotesken Vorsichtsmaßregeln gegen etwaige Attentate auf seine werthe Person. Nun, an dergleichen denkt heutzutage kein Mensch. Das wäre in der That sehr — sagen wir, um das Schlagwort zu vermeiden — irrationell. Aber nicht minder irrationell wäre es, selbst auf die Bückung in der Presse zu verzichten, weil Bismarck ja nur ein Werkzeug der Kapitalistenklasse ist. Ihring-Mahlow war auch nur ein Werkzeug, aber die Berliner Arbeiter haben ihn doch verbannt, daß es eine wahre Freude war. Warum soll ein kräftiges Wort gegen seinen Oberherrn falscher Kapitalismus sein?

Roms Ehre.

Unter diesem Titel veröffentlicht das „St. Louis Tageblatt“ eine Abhandlung über das Thema, wie das Papstthum in Rom keineswegs überlebt, wo keine „Söhne“ in Gefahr sind, mit der ihm nachgerühmten Energie vorzugehen, sondern sie vielmehr unter Umständen mit Wollstulm preisgibt — nämlich dann, wenn diese Söhne der alleigeltlich-machenden Kirche sich bei den maßgebenden „Vätern“ in Rom nichtig gemacht. Unter Andern legt dafür das Schicksal des von der Pariser Kommune als Geisel genommenen und nach der Auflösung derselben erschossenen Erzbischofs Darboy von Paris Zeugnis ab. Der auf ihn bezügliche Theil des Auftrages hat als werthvoller Beitrag zur Geschichte der Pariser Commune ein doppeltes Interesse und lassen wir sie daher im Nachstehenden folgen:

Es gibt innerhalb der riesig umfangreichen Literatur über die Pariser Commune nur ein einziges Buch, in welchem sich die Beweise für Rom's Verhalten in der Geisel-Affäre befinden; dieses Buch ist die von der Ver. Staaten-Regierung im Jahre 1878 herausgegebene Sammlung von Berichten des Ver. Staaten-Gesandten zu Paris, Sir John B. Washburne, vom Jahre 1870—71. Aus diesen nur Wenigen bekannten Dokumenten hat Schreiber dieses vor zwei Jahren (in einem längeren von der „New-Yorker Volkszeitung“ publizierten Aufsatz) das Wichtigste über die Internirung der Geiseln und Rom's Verhalten zu ihr zum ersten Male der deutschen Leserschaft mitgeteilt; er hat inzwischen seine diesbezüglichen Untersuchungen fortgesetzt und jene Arbeit aus zeitlicher Nothwendigkeit, die sich in Washburne's (vor einem Jahre publizierten) „Reminiscences“ befinden, vervollständigt.

Folgendes ist das Resultat:
Unter dem 8. April wandte sich der (am 5. April als Geisel arretirte) Erzbischof Darboy an den Präsidenten der Republik, Thiers, mit der Bitte, dem mörderischen Wüthen der Pariser Truppen Einhalt zu gebieten.

Da hierauf keine Antwort erfolgte, sandte man (d. h. die Kommune-Behörden) auf Wunsch des gefangenen Erzbischofs dessen Angehörigen, Generalvikar Lagarde, als Botschafter nach Versailles ab. Lagarde's Mission bestand darin, dem Präsidenten einen zweiten Brief des gefangenen Erzbischofs zu übergeben und ihn zu bitten, in die Auswechslung Bianqui's gegen den Erzbischof und zwei oder drei seiner Mitgefangenen zu willigen.

Generalvikar Lagarde schwor, daß er, auch falls seine Mission fehlschlagen sollte, als Geisel zurückkehren würde. Lagarde leitete den Schwur dem Erzbischof, der Kommune und dem ihn zum Bahnhofs geleitenden Vermittler Flotte. Er übergab dem Präsidenten Thiers des Erzbischofs Brief, lehrte aber nicht nach Paris zurück und ließ überhaupt nichts von sich hören. Erst fünf Tage später, am 17. April, schrieb Lagarde an die Mittelsperson Flotte, daß seine Mission gescheitert sei. Flotte ging zum Erzbischof in's Gefängniß und beschwerte sich über Lagarde's Treulosigkeit. Der arme Darboy mochte nicht glauben, daß sein Generalvikar solcher Treulosigkeit gegen ihn fähig sei; nach trügerischem Gebrauch können alle Geiseln sofort erschossen werden, sobald eine auf's Ehrenwort zum Zweck von Unterhandlungen auf Zeit entlassene Mitgeisel nicht prompt zurückkehrt; Erzbischof Darboy sagte einmal über das andere: „Lagarde hat mir geschworen, daß er wiederkommen; er wird noch kommen.“

Die Kommune rächte aber nicht Lagarde's Ehrlosigkeit an den Gefangenen.

Der Erzbischof schrieb nun einen Befehl an Lagarde, seinem Schwure gemäß in's Gefängniß zurückzukehren; Lagarde antwortete (nicht an den Erzbischof, sondern an die Mittelsperson Flotte), daß ihn Präsident Thiers noch zurückhalte. Präsident Thiers hatte aber schon acht Tage zuvor das Auswechslungsgeheiß abgelehnt und erklärt, daß ihn der Erzbischof nichts angehe.

In Versailles, am Sitze der französischen Regierung, befand sich der päpstliche Nuntius Ghigi, der sich nicht dazu verband, auch nur einen Finger für den gefangenen Erzbischof zu rühren. Weder offiziell, noch offiziell, noch als Privatperson mochte er für seinen Bruder in Christo ein Wort bei Herrn Thiers einlegen. Der aus der Tagesgeschichte weiß, wie schnell sonst die Noten und Depeschen aus dem Vatikan an den Nuntius fliegen, sobald ein Interesse der Kirche in Gefahr erscheint, der kann das Schweigen Roms und des Nuntius in Versailles nicht als ein zufälliges, sondern nur als ein absichtliches erklären.

Erst am 18. April, als der Erzbischof schon 13 Tage in Gefangenschaft war, wandten sich vier Canonici (darunter der Geiselschlichter Lagarde) mit einer Petition an den Ver. Staaten-Gesandten Washburne zu Paris, er möge sich bei Thiers für die Auswechslung Bianqui's gegen Darboy verwenden. Diese Petition an Washburne durch ein Begleitschreiben zu unterstützen, hatte der Nuntius, Kardinal Ghigi, die außerordentliche Güte; er selbst aber mochte sich nicht an Thiers wenden.

Washburne's Thätigkeit im Interesse der Geiseln und ihrer Auswechslung begann am 20. April und währte bis zum letzten Momente, den 22. Mai Abends. Alles hierauf Bezügliche ist in der oben erwähnten, von der Ver. St. Regierung 1878 herausgegebenen Berichtsammlung enthalten. Washburne gibt kein Urtheil ab, sondern beschränkt nur seinen Briefwechsel mit den verschickenden, an der Sache interessierten Parteien und den Inhalt seiner Unterredungen und Konferenzen mit ihnen.

Aus diesen Aktenstücken ist zunächst die hochwichtige Thatsache zu konstatiren, daß, als Washburne am 23. April den gefangenen Erzbischof besuchte, dieser ihm erklärte, 1) daß er gut behandelt werde und 2) daß dies der erste Besuch sei, den er empfangen. Von der ganzen katholischen Klerisei hatte also Niemand innerhalb seiner 18 Tage den gefangenen Erzbischof aufgesucht, obgleich die Geisel-Affäre zu den wichtigsten Tagesereignissen jener Epoche gehörte. Die ganze katholische Kirche hatte den Erzbischof im Stich gelassen. Das war Rom's Rache für des Erzbischofs Wort gegen die Unschicklichkeit. Erzbischof Darboy sandte durch Washburne's Vermittelung noch zwei Briefe (am 23. und 28. April) an den ehrsüchtigen Generalvikar Lagarde, mit der Aufforderung, zurückzukehren, um nicht das Leben der anderen Geiseln zu gefährden; der Generalvikar rührte sich nicht und der Nuntius Kardinal Ghigi noch weniger.

Am 2. Mai berichtete Herr Washburne an den Ver. Staaten Staatssekretär Fish über einen am 30. April unternommenen Geisel-Lynchversuch.

... Ich bedauere, sagen zu müssen, daß das Leben des Erzbischofs in unmittelbarer Gefahr ist. Unglücklicherweise hat sich ein Gerücht verbreitet, daß Bismarck zu Gunsten des Erzbischofs interveniren wolle und dieses Gerücht erzeugte die größte Aufregung. Am letzten Sonntag drang eine Gesellschaft von Nationalgardisten in das Mazas-Gefängniß, mit der ausgesprochenen Absicht, den Erzbischof zu erschlagen. Glücklicherweise kam ein kommunistischer Mitglied in diesem Moment hinzu, dem es gelang, die Ausführung dieser Absicht zu verhindern. Die Gefängnisbeamten haben den Erzbischof zu seiner Sicherheit in eine Zelle eines anderen Flurs des Gefängnisses verlegt. Aber was Sonntag durch das zufällige Erscheinen eines kommunistischen Mitgliedes verhindert ward, kann jeden Tag passiren.“

Washburne benachrichtigte den Nuntius Ghigi und Thiers selbstverständlich in angemessener dringender Weise von der Lynch-Gefahr, in welcher der Erzbischof schwebt, — aber Rom beharrte in seinem grausigen Schweigen.

Am 12. Mai war bezeugt sich der Nuntius, zu Herrn Thiers zu gehen, um eine (sainlich ablehnende) Antwort des Präsidenten an des Erzbischofs Memorandum vom 10. Mai abzuholen. Aus den diesbezüglichen Aktenstücken geht aber zur Evidenz hervor, daß der Nuntius in seiner Konferenz mit Thiers kein Wort für die Geiseln eingelegt hat, sondern froh war, daß das Gesuch abschlägig beschieden wurde.

Und der Nuntius wäre wohl schließlich noch gar nicht zu Thiers gegangen, wenn er nicht durch den in Paris weilenden Ver. Staaten-Gesandten Washburne „gezwungen“ worden wäre.

Nach dem 12. Mai hat sich der Nuntius überhaupt nicht mehr um die Geschichte gekümmert, sondern ruhig das sichere Ende der Tragödie (24. Mai) abgewartet.

So rächt sich Rom an seinen Söhnen, die ihm bedingungslos Gehorsam verweigern. So gibt es keine Bischöfe dem Tode Preis, wenn das selbstthätige Interesse des Vatikan-Herrschers ins Spiel kommt.“

Aus Frankreich.

Paris, 8. Januar 1889.

Der Sozialismus bricht sich auch bei den französischen Arbeitern immer mehr Bahn. Bei den jüngst stattgehabten Neu-Wahlen für das Pariser Gewerbechiedsgericht wurden in der Klasse der Arbeiter im ersten Wahlgange 16 Sozialisten (11 Possibilisten und 5 Sozialisten blanzaischer und unabhängiger Richtung), bei den Stichwahlen noch 6 weitere Sozialisten (4 Possibilisten und 2 unabhängige Sozialisten) gewählt, so daß im Ganzen auf 27, von den Arbeitern zu erwählende Schiedsrichter nur fünf Nichtsozialisten kommen.

Die opportunistische Presse ist in Verzweiflung darüber, daß, wie Figura zeigt, innerhalb der Arbeiterorganisationen das nichtsozialistische Element jeden Einfluß verloren hat, und daß die Sozialisten jetzt den Ton angeben. Der „Temps“ tröstet sich nur damit und hofft auf eine Rückkehr zur „Verunft“, daß unter den Sozialisten selbst die Possibilisten entschieden die Oberhand haben (aber nur in Paris), welche den revolutionären, auf die Zerstörung der bestehenden Ordnung hinarbeitenden Parteien noch vorzuziehen seien, da sie, wenn auch noch nicht so markirt wie die englischen Trades-Unions, doch eine bedeutsame Entwicklung an den Tag legen, die in gewissem Grade die Schärfe des Kampfes mildern könnte, den die Sozialisten dem Kapital und der Arbeit (des Skrupelabweisenden vielleicht!) liefern wollen.

Unter den erwählten Schiedsrichtern befinden sich auch die von der Regierung wegen getreuer Vertretung der Arbeiterinteressen Gemahregelten Boulis und Meyer, deren Wahl eine wohlverdiente Ehrerfreue für das Cabinet Floquet ist, die um so klarer trifft, als die „Autorität“ nicht nur mit dem Nachdruck aller möglichen „Anregungsmittel“ gegen Boulis und Meyer arbeiten sich, sondern auch die Possibilisten zu Verbänden, um nicht zu sagen Handlangern, hielten; trotzdem wurde Meyer mit einer guten Majorität, Boulis aber mit der größten, überhaupt erhaltenen Stimmenzahl 1236 gewählt. Die Regierung bezieht sich natürlich, das proletarische Verbit zu fassiren, hat sich aber dadurch nur eine weitere Blamage zugezogen, da der ganze erhaltene Erfolg trotz der erbittertesten reaktionären und possibilistischen Agitation gegen die Gemahregelten nur darin bestand, daß gerade der verhasste Boulis zum zweitenmale, und noch dazu mit über 100 Stimmen mehr als vorher erwählt worden. Die Regierung muß konsequenter Weise die Wahl zum zweiten Male für ungültig erklären und das betreffende Schiedsrichteramts bleibt bis zu den nächsten Neuwahlen vakant, die Wählerchaft hat sich jedoch durch diesen Umstand nicht von ihrem Vertrauensvotum für die Gemahregelten zurückhalten lassen. — Zum Kapitel der Wahlsiege muß noch bemerkt werden, daß Ende Dezember 6 Sozialisten in das Gewerbechiedsgericht zu St. Quentin und 2 Sozialisten in den Gemeinderath zu Calais gewählt worden sind, erfreuliche Beweise für das Umsichgreifen der sozialistischen Erkenntniß und die Strätigung des sozialistischen Einflusses.

Die Fortschritte, welche die sozialistische Bewegung nach Breite, Tiefe und Stärke zumal in der Provinz macht, waren auch recht deutlich auf dem Kongreß ersichtlich, welcher vom 23. bis 30. Dezember in Troyes tagte. Dieser Kongreß war bekanntlich ursprünglich von den Possibilisten entschieden, von diesen aber fallen gelassen und bekämpft worden, als die mit seiner Organisation beauftragten Gewerkschaften von Troyes erklärten, er solle das Werk aller sozialistischen Organisationen, ohne Unterschied der Schulen sein. Nicht man die Bekämpfung und Verächtlichmachung durch die Possibilisten in Betracht, so darf der Kongreß, der 10 Vertreter der kollektivistischen, blanzaischen und unabhängigen sozialistischen Richtung vereinte, als ein überaus gelungener bezeichnet werden. 327 Nach- und Studienvereine waren durch 36 Delegirte vertreten. Die geringe Zahl der Delegirten erklärt sich dadurch, daß der kurz zuvor stattgehabte Kongreß zu Bordeaux die geringen materiellen Mittel der Arbeiterorganisationen erschöpft hatte, und daß abgesehen von den Gemeindebehörden von Lyon und Troyes keine Behörden den Kongreß unterstützen, wie dies üblich, solange die Syndikatskammer unklar und flach dahin gewerkelt. Der Kongreß behandelte in geschlossenen Sitzungen und öffentlichen Versammlungen 11 Fragen über Organisation eines großen Nationalverbandes der Gewerkschaften, Abhaltung eines internationalen Kongresses zu Paris,*) Zweck und Nutzen der Streiks, Rinder- und Frauenarbeit, Sozialisierung der Produktionsmittel, Revision der Konstitution, Aushebung der Nationalgarde, autoritären und libertären Kommunismus, Recht auf Arbeit, Mittel zur Durchführung der Kongreßbeschlüsse, friedliche Verträge behutsamer sozialer Umgestaltung. Die Beschlüsse lauten im Allgemeinen im sozialistischen Sinne, doch spukt in seinen Resolutionen wieder der Generalkreis herum, und dem Beschluß über die Frauenarbeit ist in Bezug auf die künftige Gesellschaft ein echt proudhonistischer Zusatz angehängt. Der Kongreß hat in erster Linie die Gründung eines großen Nationalverbandes aller französischen Gewerkschaften und parallel damit die Vereinigung aller sozialistischen Gruppen und Jirkel zu einem zweiten sozialistischen Verband beschlossen. Leider wird der Beschluß wohl wie die meisten seiner Vorgänger und Kollegen noch eitle Zeit auf dem Papier bestehen bleiben. Um keinen Anfang mit der Verwirklichung der Kongreß-Resolutionen zu machen, sollen sich am 10. Februar alle Arbeiter auf die Mairie begeben, um von den respectiven Behörden die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages und eines Minimallohns zu fordern. Am 24. Februar sollen die Arbeiter von Reuenn in der Mairie pilgern, um den Erfolg ihrer Schritte zu erfahren, von denen sich übrigens der Kongreß selbst nichts verspricht.

Der Kongreß beschloß außer einer Sympathieadresse für den in Hamfeld tagenden Kongreß der österreichischen Parteigenossen noch Beschlüsse für Abschaffung der stehenden Heere und Einführung einer Volksmiliz, Annahme aller politisch Verantwortlichen und Aufstellung einer sozialistischen Kandidatur bei der am 27. Januar statt-

*) In der betreffenden Resolution wurde ausdrücklich der Wunsch ausgedrückt, die deutschen Arbeiter recht zahlreich auf dem Kongreß vertreten zu sehen. Red. d. „S. D.“

findenden Erstagwahl in Paris. Besondere Erwähnung verdient, daß die vom Kongreß veranstalteten öffentlichen Versammlungen allgemein zahlreich besucht waren und unter enthusiastischem Beifall verliefen. Ueberhaupt verhielt sich die gekammte Arbeiterbevölkerung von Troyes und Umgegend dem Kongreß und den sozialistischen Theorien gegenüber äußerst sympathisch und zustimmend. Die lokalen Polizeibehörden hätten laut Ordre den Kongreß gern hintertrieben, mußten sich aber mit einem von vorn herein erlassenen Verbot des verhassten rothen Banners begnügen, das sie gegen die rothen Draperien erstreckt hätten, mit welchen der Sitzungssaal decorirt war. Trotz alledem wurde doch in der letzten Kongreßsitzung die rothe Fahne unter stürmischem Beifall des Publikums entfalteter, und der Polizei-Kommissar rückte sich für diese „Improvisation“ nachträglich dadurch, daß er ohne jede Veranlassung mit einem Duzend Polizisten und Gendarmen in die am folgenden Tage stattfindende öffentliche Versammlung einbrach. Doch kam es, dank der Besonnenheit der Arbeiter, nicht zu dem schändlich gewöhnlichen Tumult, der die Verhaftung von Delegirten bedenklich sollte. Die Polizei hatte wieder einmal ihre Verbedenmäßigkeit unisono verschwunden. Hoffentlich gleichen die Folgen, welche sich an den Kongreß knüpfen, seinem Verlaufe, und bleibt das einseitige Vorgehen der verschiedenen sozialistischen Fraktionen, welches der hervorreichendste und bedeutendste Zug des Kongresses zu Troyes ist, für die Zukunft in Kraft und legt wie beschlossen, den ersten Stein zu einer Vereinigung und Verbindung aller Arbeiterorganisationen sozialistischer Richtung.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 16. Januar 1889.

— Noch einmal der Dynastie Bismarck-Dras Roth und Blage. Man schreibt uns: Wieder einmal sind die Verschwörer glücklich selbst in die Grube gefallen, die sie Andern gegraben. Dem unglücklichen Tölpel von Herbert Bismarck kann kein Herrgott das flammende Brandmal der Infamie von der Stirne entfernen, das ihm ein un diplomatischer Engländer mit rothglühendem Eisen aufgedrückt hat. Wenn dieser Roter einen Funken von Scham- und Ehrgefühl hätte, würde er sein Amt niederlegen und sich irgendwo in einer abgelegenen Kolonie (für derartige Furchen paßt in Ostafrika) vergraben, so daß kein ausländischer Mensch ihn mehr zu Gesicht bekommt. Er wird das allerdings nicht thun. Und auch sein würdiger Vater wird es nicht thun, den ganz gleichgültig ein ebenso tödtlicher Schlag, ein wahrer „Stich in's Herz“ getroffen hat. Das Reichsgericht hat die Anklage gegen Geffken abgelehnt und dessen sofortige Freilassung verfügt. Der Verfasser der Anklageschrift war bekanntlich Niemand anders gewesen als Bismarck senior — nur daß die Anklageschrift sich „Journalsbericht“ genannt und obendrein die Sentenzen des neuesten Kaisers erhalten hatte. Daß der eigentliche Angeklagte nicht Geffken war — daß es in Wirklichkeit galt, an dem todtten Kaiser Friedrich den Haß des getreuen Hohenzollern-Hausmeiers anzulassen, und daß der Sohn des todtten Kaisers bei dieser frommen und pietätvollen Arbeit nach Kräften mitgeholfen hat — das verneht wohl das Schimpfliche des Streiks, mildert aber nicht seine verurteilende, jermalende Wucht.

Die Freilassung Geffken's ist die Verurtheilung Bismarck's, des Vaters, gerade wie die Veröffentlichung des Briefwechsels Morier die Brandmarkung Bismarck des Sohnes ist. Das fällt alle Welt, das weiß alle Welt, obgleich nur Wenige es sich zu sagen getrauen, und vor Allem weiß Bismarck senior es trotz seiner Ohrenstirn, und auch Bismarck junior weiß es, trotz seiner Breiterkinn.

Aber sind wir denn wieder in die Zeiten der Wunder zurückversetzt? Wie ist es denn möglich, daß das deutsche Reichsgericht sich gegen den deutschen Reichsfürstern wenden konnte? Sind die Ränner der Päpste, Sozialisten- und Judthums-Hochoverratsprosejse über Nacht Brutalitäten geworden? Und gibt es trotz alledem und alledem „Nichter in Leipzig“? Ach nein! Es sind keine Wunder geschehen. Aus einem Katastrophen nichts als ein Ehrenmann, und in Leipzig gibt es keine Richter, sondern nur Laubfrösche. Ja, Laubfrösche, die sich auf's Bettler verziehen.

Als der „Sozialdemokrat“ vor Wochen des Prozesses Geffken erwähnte, bemerkte er, die Frage, ob das Reichsgericht die Anklage erheben werde, falle zusammen mit der Frage, ob der Feldzug, den der Geiseltirage gegen das Andenken des todtten Friedrich unternommen, in den oberen Regionen ein siegreicher sein werde oder nicht. Und damit hatte er Recht. Es ist nämlich gekämpft worden in den oberen Regionen, und die Laubfrösche des Reichsgerichts haben das Bettler gut beobachtet. Der Geiseltirage ist unterlegen, und fängt haben die Laubfrösche des Reichsgerichts keine Niederlage angezigt, indem sie Geffken freiließen.

Wird ER im Amt bleiben können? Und wird EGN Sohn bleiben können?

Wie wollen uns den Kopf der Personen, die darüber zu entscheiden haben, nicht zerbrechen. Für uns ist die Sache ja auch vollkommen gleichgültig. Das einzig Interessante für uns ist, daß dies überhaupt eine Frage sein kann. Herrkäte noch Ehr- und Schamgefühl in den oberen Regionen, so müßte sich Deutschlands verrottetes Junkerthum nicht von einem englischen Lort die elementarsten Grundzüge des sogenannten Ehrentodes unter der Nase reiben lassen, so wären Vater und Sohn schon längst mit Schimpf und Schande zum Tempel hinausgeworfen worden. Allein im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte ist Alles möglich. Ehr- und Schamgefühl und Mannhaftigkeit, das sind Dinge, die nur für die „wilden“ Völkerschaften sich schicken. Die tief die „öffentliche Moral“ in Deutschland gesunken ist, erhellt u. A. auch aus der Putzhammer-Ehrenreue. Das „allgemeine Ehrenzeichen“ hat er empfangen — gerade wie weiland seine zwei Erzengel, Hainig, Mahlow und Kaporra, es heißt Was etwas anders: schwarzer Adlerorden statt „allgemeines Ehrenzeichen“. Und daß der schwarze Adlerorden, der von nun an die biedere Brust des christlich-germanischen Spitzgenerals und Obersten aller Niedrigentemmen ziert, die „allerhöchste Auszeichnung“ ist, aber welche das Haus Hohenzollern verfügt — so ist uns ausdrücklich erklärt worden —, daß gibt der Sache nur einen noch schärferen Haantzug und eine noch höhere kulturgeschichtliche Bedeutung. Ganzig die kulturgeschichtliche Bedeutung ist es auch beiläufig, die uns von diesen Palast-Intelligenzen, diesen Kämpfern und diesem Schmutz der höchsten und allerhöchsten Regionen zu sprechen gebietet.

Der herrschenden Sippe ist es nämlich, mit Hilfe des Sozialisten-geheißes, gelangen, das ganze offizielle Deutschland mit einem der ganzen politischen Welt Deutschlands, d. h. mit einem den Vertretern und Organen der besitzenden Klassen, dergestalt in fortrampfen und zu verjagen, daß ähnliche Zustände entstanden sind wie in Rußland und in der Türkei, und daß die offizielle Geschichte des deutschen Reichs in Adelsverwilderungen und Scandalintrigen besteht.

Zum Glück kümmert sich die Weltgeschichte weder um Adelsverwilderungen noch um Scandalintrigen; unter der lumpigen Oberfläche der heutigen Gesellschaft gährt und brodelt es, und „von unten“ herauf drängen die Kräfte, welche das moorsche Gerämpel, den alten Staat, in Stücke zer schlagen und den neuen Staat und die Gesellschaft der Zukunft zurechtzubringen werden.

Y. Die Reichstagsession ist am 9. Januar wieder aufgenommen worden. Es scheint, daß die Regierung keine Lust hat, den Stier bei den Nödemern zu nehmen und gleich einige Duzend Extrawahlkandidaten für Militär- und Kolonialzwecke zu fordern. Man bestimmt sich noch. Der Reich wird indeß nicht an dem Steuerzahler, der's ja kann, vorübergehen.

Die Session wird voraussichtlich bis gegen Pfingsten dauern; eine längere Vertagung, um den Kommissionen Zeit zu lassen, soll in Aussicht genommen sein. Wenn das Alters- und Juvaldengesetz fertig gestellt werden soll, wird ein solches Arrangement allerdings nicht zu vermeiden sein; denn so miserabel der Entwurf ist, so berührt er doch in seinen fast anderthalb Hundert Paragraphen so viele Interessen der verschiedenen Gruppen der herrschenden Klasse, daß es langer Verhandlungen bedarf, ehe eine Verständigung erzielt werden kann. Uebrigens

ist es
des
auf
den
sicher
Arbei
negl
kann
die
wird
Die
war
er
erklä
Bezug
ziger
Wahl
hinter
Mein
ein
nich
Die
gespro
der
traten
sonna
herum
auf
de
und
alles
heilig
Karte
er
sich
fällen
alle
Sch
Die
leben
auf
de
deutl
Frank
Gall
schen
linwa
denote
Frank
kräfte
sich
Tag
Natio
(10. j
hülid
ein
ung
Herr,
Voo
leben
räftig
für die
drenh
nun
Wort
von
Dr. d
deuten
werde
er
erlitt
die
weij
mehr
Wort
dieser
nosse
bewuß
größt
moch
mit
men
sozial
für ih
1481
abste
trag
beist
liche
Stimm
schen
neuen
ihm
stitt
Erld
sicher.
Trefe
Geme
wo
Zume
würdi
Vorte
der
lides
bei
— d.
libat
bere
ligt
hat
— d.
doch
mehr
D.
gedach
zuwir
für die
trägt
Sturz
Remi
wenn
die
schlüt
Profe
Wi
D
gestir
trag
zeugen
pöth
belat
gegen
borge

